



# ROSENBLÄTTER

DIE ZEITUNG DER SPD PINNEBERG | AUSGABE MAI 2014



## SCHULEN FIT FÜR DIE ZUKUNFT MACHEN

**In allen Schulen** Pinnebergs besteht Sanierungsbedarf und in mehreren Schulen fehlen Räume. Es gibt Schulen, in denen es durchregnet oder die Schülertoiletten kaum zumutbar sind. Pinneberg muss einen beträchtlichen Sanierungstau auflösen.

»» Der Sanierungsbedarf an den Schulen der Stadt beträgt rund 34,5 Millionen Euro. ««

Hier einen Schuldigen zu suchen scheint aussichtslos, weil es sowohl in Politik als auch in der Verwaltung Versäumnisse gegeben hat. Bei über 20 Millionen Euro, die seit 2009 in die Pinneberger Schulen flossen, fragt man sich schon, wo diese denn geblieben sind. Einen genauen Überblick über den Bedarf an Erneuerung bietet der Schulgebäudesanierungsplan. Über viele Monate wurde in jeder Schule der Stadt jeder einzelne Raum bewertet und in eine Übersicht eingearbeitet. Klassenräume, Lehrerzimmer, Verwaltungsräume und Fachräume. Bei elf Schulgebäuden kommt da viel Papier zusammen und das Ergebnis ist mehr als ernüchternd. Der Sanierungsbedarf an den Schulen der Stadt beträgt rund 34,5 Millionen Euro. Begonnen werden muss mit allen Sanierungsmaßnahmen, die aus Gründen des Brandschutzes oder we-

gen möglicher Unfallgefahr zwingend geschehen müssen. In einem zweiten Schritt geht es dann um die Sanierungen z.B. einzelner Schultoiletten oder einiger Lehrerzimmer, weil deren Nutzung kaum zugemutet werden kann. Im letzten Schritt folgen dann die Schönheitsreparaturen oder die Sanierung von Räumen, die für einen Schulbetrieb hilfreich sind. Nach dieser Investition sind die Schulen zwar saniert, entsprechen allerdings immer noch nicht den Anforderungen, die sich durch Inklusion oder durch einen Ganztagschulbetrieb ergeben. Beginnend mit diesem Jahr sollen von 2014 bis 2018 alle Sanierungen durchgeführt werden. Mit den Stimmen der SPD wurde dieses Vorhaben in der Ratsversammlung auf den Weg gebracht, damit unsere Schulen fit für die Zukunft sind.

*Lesen Sie dazu auch Seite 6*

### AUS DEM INHALT

#### Kreishausgelände

Sozialer Wohnungsbau in Pinneberg

Seite 2

#### ILO-Gelände

Investor zieht sich zurück

Seite 4

#### Europawahl

Am 25. Mai wählen 400 Millionen Europäer

Seite 8

#### Nachgefragt

Neues Image für Pinneberg

Seite 11

LIEBE LESERINNEN  
UND LESER!

Nach der Europawahl am 25. Mai können die Pinneberger Wahlurnen bis 2016 weggeräumt werden und das ist nach Bundestags-, Kommunal-, Bürgermeister- und Landtagswahl auch wohlverdient. Wahlmüdigkeit ist aber trotzdem nicht erlaubt. Ein starkes Europa ist wichtiger denn je, die Ereignisse in der Ukraine zeigen das. Stark wird aber Europa nicht durch die Beamten, sondern durch ein starkes Parlament. Und das ist nur stark, wenn sich möglichst viele Bürgerinnen und Bürger an der Wahl beteiligen und wenn die populistischen europakritischen Parteien kurzgehalten werden, die vorgaukeln, dass sich die Bedeutung der EU in Vorschriften für Glühbirnen und Staubsaugern erschöpft.

Die Rosenblätter bieten Ihnen neben der Europawahl wieder einen bunten Strauß an Neuigkeiten und Meinungen zu Pinneberger Themen an. Das sind einmal Dauerbrenner wie das Kasernengelände und unsere Serie über Pinneberger Straßennamen. Neue Aktualität haben Schulthemen, angestoßen durch die ernüchternde Erkenntnis, dass die Pinneberger Schulen trotz der in den letzten Jahren ausgegebenen 20 Mio. Euro immer noch riesigen Investitionsbedarf haben. Bis 2018 stehen weitere Baumaßnahmen auf der Pflichtliste, die sich auf insgesamt 35 Mio. Euro summieren. Das wird ein finanzieller Kraftakt.

Viele von Ihnen werden in den nächsten Wochen Urlaub genießen. Die Rosenblätter wünschen den Urlaubern und den zuhause Bleibenden gleichermaßen sonnige Tage.

Herzlichst  
Ihre Rosenblatt Redaktion

MEHR SOZIALER  
WOHNUNGSBAU  
IN PINNEBERG

Seit vielen Jahren sind in Pinneberg keine öffentlich geförderten Wohnungen mehr im nennenswerten Umfang entstanden. Die Nachfrage nach bezahlbarem Wohnraum ist aber nach wie vor sehr groß - wir berichteten in den Rosenblättern 2/2013. Jetzt tut sich etwas: Auf dem Eckgrundstück Moltkestraße/Von-Ahlefeld-Stieg, dem ehemaligen Parkplatz der Kreisverwaltung, errichtet die Neue GeWoGe 40 Wohnungen, davon 16 öffentlich gefördert. Noch mehr öffentlich geförderte Wohnungen sollen durch den Investor Demandt gegenüber auf dem Gelände der ehemaligen Kreisverwaltung geschaffen werden: 48 von insgesamt 118 Wohnungen. Mit diesen 64 öffentlich geförderten Wohnungen wird der ungedeckte Bedarf an bezahlbarem Wohnraum zwar nicht beseitigt, aber dank der Offensive für bezahlbares Wohnen 2013 des Landes Schleswig-Holstein zumindest verringert.

## ERSATZBAU KITA-THESDORF „DIE PFEFFERKÖRNER“ IN BETRIEB

Pinneberg hat eine neue Kindertagesstätte: Anstelle der wirtschaftlich nicht mehr sanierungsfähigen Kita Thesdorf der Christuskirchengemeinde wurde an gleicher Stelle in der Straße „Horn“ für 2,3 Millionen Euro eine neue Kita gebaut. 105 Kinder sollen dort in drei Krippengruppen und vier Elementargruppen betreut werden. Möglich wurde dieser Neubau durch einen Bundeszuschuss für die 30 Krippenplätze von 421.503 Euro und durch Zuschüsse von Stadt und Kreis von je 357.980 Euro.

## STADTRADELN STARTET

Die Arbeitsgruppe „Fahradfreundliches Pinneberg“ mit der Stadtverwaltung, dem ADFC und der Lokalen Agenda 21 will mit dem Projekt „Stadtradeln“ die Bürger aufs Rad und die Idee in die kommunalen Parlamente und ins Bewusstsein der Öffentlichkeit bringen. Am Pfingstmontag, dem 9. Juni, startet die Aktion ca. 12.00 Uhr auf dem Drosteiplatz. Vorher ist ab 10.45 Uhr ein Freiluftgottesdienst. Es gibt Info-Stände, Kaffee und Kuchen und ab 13.15 Uhr bietet der ADFC eine kleine und eine größere Fahrradtour an.



STÄDTE IN NOT



Auf dem Kasernengelände sollen unter anderem 21 Stadtvillen errichtet werden - ähnlich den hier abgebildeten, die in Hamburg-Wentorf entstehen sollen.

KLEINGÄRTEN BLEIBEN,  
KASERNE WIRD PARKSTADT

Pinneberg muss sparen, die Politik arbeitet sich an „Giftlisten“ ab. Jüngste Überlegungen, die das Kleingartengelände Hasenmoor betrafen, sind nun jedoch wieder vom Tisch.

Einfach macht es sich die Bürgermeisterin Urte Steinberg nicht. In Sachen der Haushaltskonsolidierung geht sie mutig in die Offensive. Eine jüngst veröffentlichte Liste mit Einsparmöglichkeiten sorgt für Unruhe in Pinneberg - siehe auch in dieser Ausgabe „Giftliste entschärft“.

Vom Museum, über das Hallenbad bis zur Musikschule - kaum eine Institution, die nicht als potentiell Ziel der Sparbemühungen gelistet wurde. Mit dabei: Die Kleingartenanlage am Hasenmoor, die mit 179 Parzellen die größte Anlage in Pinneberg ist. Diskutiert wurde die Möglichkeit, die Anlage an die westliche Seite des Westrings auf ein städtisches Gelände in Höhe des Rosenfeldes zu verlagern. Das freier werdende Gelände an der Kaserne sollte für dringend nötige Gewerbeansiedlungen genutzt werden. Die Stadt hätte durch Gewerbesteuererinnahmen und durch den Verkauf des Geländes neue Einnahmequellen erschließen können. Die Erschließung des Geländes wäre

über die noch zu bauende Straße zwischen Kaserne und dem Wedeler Weg für den Verkehr erschlossen worden.

Vorang für Freizeit  
und Erholung

„Die Möglichkeit, neue Einnahmen zu generieren, wäre mit diesen Planungen durchaus realistisch“, so SPD-Finanzexpertin Helga Kock, „in der Abwägung haben wir uns aber entschieden, die Anlage am Hasenmoor mit ihrem großen Freizeit- und Erholungswert für Kleingärtner und Besucher zu erhalten. Die Entwicklung der Gewerbegebiete auf dem Kasernengelände und an der Müßentwiete haben momentan Priorität“. Das sahen auch die übrigen Fraktionen - der Vorschlag wurde in den städtischen Gremien einstimmig abgelehnt.

Weiter geht indes die Entwicklung der Kaserne - der Weg zu einer Überplanung mit Wohnbebauung und Gewerbe ist frei. So kommen für den Verkauf

einer Fläche von sieben Hektar an die Kieler Landesentwicklungsgesellschaft (LEG) 1,4 Millionen Euro in die Stadtkasse. Teil der Vereinbarung: Die LEG übernimmt die Erschließung des gesamten Kasernengeländes, auch für die Gebiete, die sie nicht gekauft hat.

Wohnung mit 70  
bis 100 Quadratmetern

Geschätzte acht Millionen muss die LEG dafür in den Bau von Versorgungsleitungen, Straßen und Grünflächen investieren. Dafür darf das Unternehmen Einfamilienhäuser, Doppelhäuser und sogenannte Stadtvillen errichten, die als barrierefreie Mehrfamilienhäuser geplant werden. Die Wohnungen werden nach Angaben der LEG zwischen 70 und 100 Quadratmeter haben, der erste Spatenstich ist bereits für das nächste Frühjahr geplant. Dabei hat sich die LEG vertraglich verpflichtet, nicht mehr als 250 Wohneinheiten zu errichten. „Ich bin sehr froh, dass wir den nächsten Schritt bei der Kasernenentwicklung gehen können“, so Bürgermeisterin Urte Steinberg: „Ich bin mir sicher, dass wir mit der LEG einen starken Partner an unserer Seite haben, um einen attraktiven und lebendigen neuen Stadtteil zu schaffen.“

1,4

Millionen Euro  
zahlt die LEG  
für 7 Hektar  
Kasernenfläche

250

Wohneinheiten  
dürfen maximal  
auf der Kaserne  
gebaut werden.



Unter dem Projektnamen „Bergedorf 21“ entwickelt die Bouwfonds Immobilienentwicklung GmbH momentan Flächen in Hamburg Bergedorf. Ein ähnliche Bebauung hätten sich die verantwortlichen Planer auch in Pinneberg vorstellen können.

## ILO-INVESTOR ZIEHT ZURÜCK

Das Gelände der ehemaligen ILO-Motorenwerke – ein schwieriges Gelände für Investoren und Stadtplaner. Seit vielen Jahren bleiben die Eigentümer nachhaltige Planungsvorstellungen schuldig.

Ein neuer Investor. Wieder einmal. Das dachten zumindest viele Pinneberger Politiker, als jüngst der Immobilienentwickler bouwfonds seine Vorstellungen für eine Bebauung des Geländes präsentierte. Nicht nur die „altgedienten“ Mitglieder der Ratsversammlung erinnern sich an zahlreiche Planungen, die sich bei näherer Betrachtung als nicht durchführbar herausstellten. Vom 20-stöckigen Büroturm eines kanadischen Star-Architekten bis hin zum gescheiterten Versuch, die Kreisverwaltung mit einem Neubau auf das Gelände zu locken – bisher gelang es den Eigentümern der Fläche nicht, belastbare Planungsvorstellungen zu liefern.

### Investor plante mit bis zu 700 Wohneinheiten

Nichts desto trotz: Die Vorstellungen der bouwfonds GmbH wurden ernsthaft diskutiert. Rund 700 Wohneinheiten – so die Planungen – sollten an der Mühlenau und auf dem ehemaligen Güterbahnhof errichtet werden. Die Vertreter der Gesellschaft spielten dabei mit offenen Karten, was ihre Interessen bei der Überplanung des Geländes sind, und auch was nicht. Der Tenor: Wohnbebauung gerne und möglichst viel, Gewerbe nur falls gewünscht.

» Nach Schätzungen wären langfristig Kosten für Kindergärten und Schulen in Höhe von vier bis fünf Millionen anfallen.«

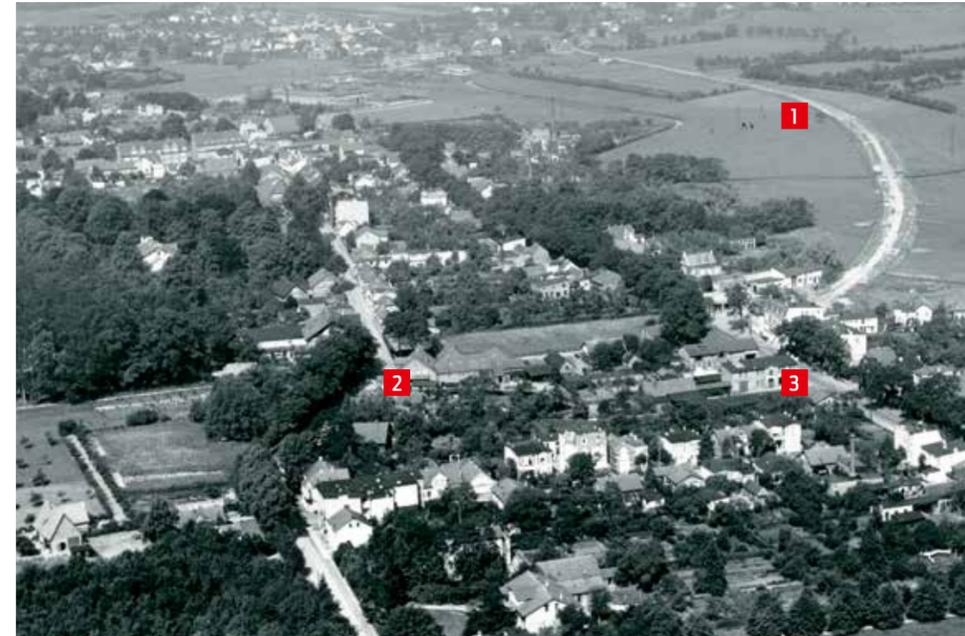
Kai Vogel  
Mitglied des  
Landtages

„Wir wünschen uns auf dem Gelände eine gesunde Mischung aus Wohnen, Gewerbe und Dienstleistungen. Über die Zahl der Wohneinheiten kann man mit jedem Investor verhandeln. 700 sind allerdings weit mehr als Pinneberg momentan verkraften kann“, so SPD-Vorsitzender Kai Vogel: „Nach Schätzungen wären langfristig Kosten für Kindergärten und Schulen in Höhe von vier bis fünf Millionen anfallen.“

### Gelände birgt Chancen

Kosten die bei der Stadt Pinneberg und nicht bei der bouwfonds GmbH aufzulaufen wären. Diese rechnete sich als einer der größten Immobilienentwickler Europas mit einem reinem Wohnungsbau ein gutes Geschäft aus, mit der geforderten Mischung sah man aber offenbar die Renditeerwartung getrübt. Folgerichtig zog der Immobilienentwickler kürzlich sein Angebot zurück, die Zukunft des Geländes bleibt weiter ungewiss. „Wir stehen einer Entwicklung trotzdem weiter positiv gegenüber. Ein so zentrales Gelände in Bahnhof- und Innenstadtnähe birgt Chancen für die Stärkung der Innenstadt als Einzelhandelsstandort und für Pinneberg insgesamt“, sagt SPD-Stadtentwicklungsexperte Gerhard Thomssen.

**Erste Frau in der Ahnengalerie.** Nur drei Jahre war Kristin Alheit Bürgermeisterin in Pinneberg, bevor sie 2012 zur Sozialministerin nach Kiel berufen wurde. Aber der Tradition folgend ist sie jetzt in die seit 1875 bestehende Ahnengalerie Pinneberger Bürgermeister im Rathaus aufgenommen worden – als erste Frau. Mit dem in Öl gemalten Porträt der Künstlerin Lale Meer war bei der Enthüllung nicht nur Kristin Alheit sehr zufrieden. Auch die Teilnehmer an der kleinen Feierstunde mit der Künstlerin und Bürgermeisterin Urte Steinberg zollten dem gelungenen Werk Beifall. Keine Rede war mehr davon, dass erwogen worden war, aus Kostengründen statt eines gemalten Porträts nur ein Foto zu verwenden.



Pinneberg im Jahr 1928. Rechts oben ist der im Bau befindliche Hindenburgdamm zu erkennen.

## DIE GESCHICHTE DES HINDENBURGDAMM

Der Hindenburgdamm hat eine kurze, doch recht wechselvolle Geschichte hinter sich. Seinen ursprünglichen Zweck erfüllt die Straße heutzutage nur bedingt: Die Umgehung der Innenstadt.

Hat es diese Straße und vor allem der Namensgeber verdient, Teil der Rosenblätter-Straßenserie zu werden? Denn der „Hindenburgdamm“ ist von allem etwas, ein bisschen Wohn- und Erschließungsstraße und auch ein bisschen Umgehungsstraße. Und Generalfeldmarschall Paul von Hindenburg war der „Steigbügelhalter Hitlers“, in vielen Städten wird über eine Umbenennung der nach ihm benannten Straßen und Plätze diskutiert. In Pinneberg sprach man über den Hindenburgdamm mehrfach wegen einer Bebauung der Banswiesen.

### Notstandsarbeit

Schon Bürgermeister Kath schrieb man die Aussage zu, dass es einer aufstrebenden Stadt nicht ziemte, wenn man vom Rathaus auf Kühe auf der Wiese schaue. Aber solche Pläne hat die Kieler Landesregierung vom Tisch gewischt. Die Banswiesen wurden als Überschwemmungsflächen ausgewiesen. Anfang der 20er Jahre entwickelte der Pinneberger Architekt Klaus Groth Ideen für Straßen östlich der Bismarck-

straße. Eine war z.B. als Verlängerung der Bahnhofstraße über das Beig'sche Gelände bis an die Banstwierte geplant, aber nie realisiert. Den ebenfalls geplanten Ausbau der Banstwierte, die als Feldweg von der Friedenstr. in die Wiesen hineinführte, hat der Magistrat 1926 beschlossen. Sie sollte über die Pinnau hinweg bis zur Tangstedter Straße führen und wegen der hohen Arbeitslosigkeit als Notstandsarbeit finanziert werden. Aber die Pinnau wehrte sich. Mit Antrag vom 12. Nov. 1926 musste der Magistrat beim Regierungspräsidenten in Schleswig wegen des andauernden Hochwassers und der Behinderung der Arbeiten eine Verlängerung der Förderung beantragen. Die neue Straße wurde mit einer Fahrbahnbreite von 8m und einer Straßenflucht von 16-18m ausdrücklich als Autoumgehungsstraße geplant und sollte nach einem Dokument vom 12.10.1928 „auf lange Sicht genügende Verkehrsverhältnisse schaffen“. Geplant war ein direkter Anschluss an die Elmshorner Straße. Doch der Widerstand von Anliegern hat das verhindert. In einem

SERIE  
Pinnebergs  
Strassen

» Es ziemt einer aufstrebenden Stadt nicht, wenn man vom Rathaus auf Kühe auf der Wiese schaut. «

- 1 Hindenburgdamm
- 2 Fahltkamp
- 3 Damm

Schriftsatz des Justizrates von Baselli an den Magistrat vom 6.12.1927 lesen wir, dass sein Mandant „sein Grundstück habe schon vermessen lassen“, wegen des geplanten Straßenbaus könne er es jetzt schlechter verkaufen. „Die neue Straße könne doch im letzten Stück durch die Friedenstraße geführt werden.“ Das weitsichtige Gegenargument der Stadtverwaltung, dass doch die Friedenstraße zu eng sei und eine scharfe Kurve habe, nützte nichts. Die Friedenstraße wurde später Sackgasse, denn ein Durchstich zur Elmshorner Straße brächte an dieser Stelle wenig. Als der Bau fertig war, verschwand der Name „Banstwierte“, die städtischen Gremien beschlossen am 6.1.1931 den Namen „Hamburger Straße“.

### Umbenennung durch Nationalsozialisten

Die Nationalsozialisten haben dann Straßen nach Parteigrößen und nach Personen, denen man sich verpflichtet fühlte, benannt. Die städtischen Gremien haben am 12. Mai 1933 die „Hamburger Straße“ in „Hindenburgdamm“ umbenannt. In anderen Städten wird gefordert, den Namen von Hindenburg von Straßenschildern zu tilgen. Doch er repräsentiert ein Stück deutscher Geschichte. Im ersten Weltkrieg war er Generalfeldmarschall und besiegte die russische Armee in der Schlacht von Tannenberg. Die konservativen Kreise erinnerten sich in der Weimarer Republik seiner militärischen Erfolge. Als 77-Jähriger wurde er 1925 Reichspräsident. Mit 84 Jahren wurde er 1932 noch einmal gewählt. Er hat dann eine unheilvolle Rolle gespielt. Aber mit dem Löschen von Straßennamen kann man nicht die Vergangenheit tilgen, auch wenn diese wenig ruhmreich war. Hindenburg repräsentierte als direkt vom Volk gewähltes Staatsoberhaupt durchaus das damalige deutsche Volk.



## „DIE SCHWIERIGE HAUSHALTSLAGE BETRACHTE ICH RATIONAL.“

**MEINUNG**  
Ilka Gohla

**Ilka Gohla** ist Schulleiternbeiratsvorsitzende der Grund- und Gemeinschaftsschule im Quellental. Wir fragten sie nach ihrer Meinung zu den jüngsten Beschlüssen zur Schulsanierung.

### 1. Sind Sie mit den Beschlüssen zur Schulsanierung zufrieden?

Auf kommunaler Ebene bin ich mit den Beschlüssen tatsächlich zufrieden für 2014: Ich betrachte das als einen guten Anfangsschritt in die richtige Richtung. Uns ist mit dem Beschluss der Ratsversammlung verdeutlicht worden, dass die Sanierung unserer Pinneberger Schulen fraktionsübergreifend sowie von Seiten der Verwaltung ernsthaft gewollt ist. Die schwierige Haushaltslage betrachte ich rational und akzeptiere, dass es unterschiedliche Ansätze zur Problemlösung der städtischen Finanzlage diesbezüglich gibt. Für mich gibt es keine Zweifel daran, dass unsere Stadt dringend Unterstützung aus einzurichtenden Landesfonds braucht, damit die Schulgesetzgebung aus Kiel hier vor Ort akzeptabel umsetzbar wird.

### 2. Welche Wünsche bleiben offen?

Uns allen muss bewusst sein, dass Aufgaben für Brandschutz, Verkehrssicherheit und den Erhalt bzw. die Sanierung der Gebäude noch keine angemessene Ausstattung bezüglich der Bildungsver-

mittlung im Sinne von Chancengleichheit beinhalten. Die schulische Arbeit wird, aufgrund der allgemeinen Gesellschaftsentwicklung, für alle Beteiligten von Jahr zu Jahr zur größeren Herausforderung, die sich selbst mit engagierter Pädagogik nur bedingt kompensieren lässt. Hier ist die Politik bundesweit gefordert, dieses anzunehmen und gegenzusteuern.

### 3. Was erhoffen Sie sich von der Pinneberger SPD?

Ich erhoffe mir von der Pinneberger SPD, dass sie sich auch in den kommenden Jahren, in enger Zusammenarbeit mit den anderen Parteien und der Stadtverwaltung, für den Bildungsstandort stark macht. Ich habe mich mit weiteren SEB-Vorsitzenden zusammengeschlossen und ein Projekt, unter der Schirmherrschaft Frau Steinbergs, zur stadtweit übergreifenden Netzwerkbildung auf den Weg gebracht. Dafür wünsche ich mir, dass die Pinneberger SPD ein dynamischer Teil davon wird!

Weitere Informationen zu dieser Thematik finden Sie unter [www.nehmen-sie-doch-platz.de](http://www.nehmen-sie-doch-platz.de)

## NEUES SCHULGESETZ

Der Landtag hat mit den Stimmen der Regierungskoalition aus SPD, Grünen und dem SSW das neue Schulgesetz beschlossen.

Im Vorwege wurden in einem für Schleswig-Holstein einmaligen Dialogprozess die wesentlichen Eckpunkte für das neue Schulgesetz erarbeitet. Widerstände wird es bei Veränderungen immer wieder geben, doch nur ein Schulgesetz, das auf eine breite Unterstützung zählen kann, wird erfolgreich sein. Die SPD war z.B. mit der Forderung in die Landtagswahl gegangen, dass alle Regionalschulen zu Gemeinschaftsschulen umgewandelt werden sollen und alle Gymnasien generell nach acht Jahren zum Abitur führen sollen. Jetzt gibt es allerdings auch im Kreis Pinneberg in Quickborn noch ein Gymnasium, das nach neun Jahren und in Barmstedt ein Gymnasium, das nach acht oder neun Jahren zum Abitur führt. Aus dem Dialogprozess ergab sich, dass diese beiden

letzten genannten Modelle erhalten bleiben sollen, die Regionalschulen allerdings alle nach den Sommerferien mit den neuen fünften Klassen als Gemeinschaftsschulen starten. Auch Pinneberg hat mit dem Schulzentrum Nord noch eine Regionalschule. Die Eltern haben in den vergangenen Jahren jedoch neben den Gymnasien stets die Gemeinschaftsschulen der Stadt bevorzugt für ihre Kinder als weiterführende Schule ausgewählt. Da das Schulzentrum Nord zum großen Teil renoviert ist und die Lehrkräfte anerkannt gut arbeiten, kann dies nur an der Schulform liegen. Durch die Umwandlung hat das Schulzentrum Nord nun die Chance, mit den anderen Gemeinschaftsschulen die Schülerinnen und Schüler zu allen Schulabschlüssen zu qualifizieren.

### Die wesentlichen Änderungen des neuen Schulgesetzes auf einen Blick:

1. Auf die Grundschule folgen zwei Schularten: Die Gemeinschaftsschule und das Gymnasium
2. Regionalschulen werden in Gemeinschaftsschulen umgewandelt.
3. Das Gymnasium führt i. d. R. nach acht Jahren zum Abitur, die Gemeinschaftsschule nach neun Jahren.
4. Die Schulabschlüsse lauten: Erster allgemeinbildender Abschluss (ehemals Hauptschulabschluss), mittlerer Bildungsabschluss (einst Realschulabschluss) und Fachhochschulreife und allgemeine Hochschulreife (Abitur)
5. Die Schulübergangsempfehlungen nach der Grundschule fallen weg. Die Beratungen werden intensiviert, die Entscheidung für die weiterführende Schule treffen allein die Eltern.
6. Schrägversetzungen vom Gymnasium dürfen nur erfolgen, wenn die Schule nachweist, dass das Kind individuell von der Schule gefördert wurde.

## MEHR ASYLBEWERBER IN PINNEBERG

Sie kommen aus Afghanistan, Syrien, dem Iran und vielen anderen Ländern – Asylbewerber, für deren Unterbringung Pinneberg verantwortlich ist.

Sie kommen aus Afghanistan, Syrien, dem Iran und vielen anderen Ländern: Asylbewerber, die Pinneberg unterbringen muss. Und es werden immer mehr. Waren es Mitte 2013 noch 62 geflüchtete Frauen, Kinder und Männer, stieg ihre Anzahl Ende 2013 auf 89. Daneben benötigen regelmäßig noch 50 sonstige Obdachlose eine Unterkunft. Insgesamt mussten Ende 2013 162 Personen untergebracht werden. Das Problem: Wo sollen alle diese Menschen ein Dach über dem Kopf bekommen? Eine Sammelunterkunft gibt es im Kreis Pinneberg nicht und die eigenen städtischen und angemieteten Unterkünfte reichen nicht mehr aus. 19 Asylbewerber mussten schon für teures Geld in Hotels untergebracht werden. Hinzu kommt, dass geeigneter Wohnraum in Pinneberg äußerst knapp ist und andere Städte und Gemeinden mit ähnlichen Problemen trotz einer Absprache der Bürgermeister außerhalb ihrer Gemeinde Wohnungen mieten.

Zum Haushalt 2014 hatte die Verwaltung der Politik vorgeschlagen, für 790.000 Euro zwei eigentlich nicht mehr sanierungsfähige eigene Gebäude für die Unterbringung von Obdachlosen herzurichten. Ein Gesamtkonzept, wie in Zukunft das Unterbringungsproblem bei weiter steigenden Asylbewerberzahlen gelöst werden soll, fehlt aber bisher. Auf Antrag der SPD-Fraktion soll nun ein solches Gesamtkonzept erstellt werden und Antworten auf offene Fragen geben. Wie soll auf variable Asylbewerberzahlen variabel reagiert werden? Sollen mehr Wohnungen angemietet werden, statt eigene Gebäude mit hohem finanziellen Aufwand herzurichten? Können leer stehende Gebäude wie das frühere DRK-Pflegeheim genutzt werden? Erst wenn diese Fragen geklärt sind, soll entschieden werden, ob die 790.000 Euro auch ausgegeben

Nach einer Prognose des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge muss 2014 mit ca. 140.000 Erstanträgen von Asylbewerbern in der Bundesrepublik gerechnet werden. 2013 wurden 109.580 Anträge gestellt. Schleswig-Holstein muss danach mit 4.700 Erstantagstellern rechnen – 800 mehr als 2013.

Gesetzlich ist das Land Schleswig-Holstein nur für die Erstaufnahme und die landesinterne Verteilung von Asylbewerbern zuständig. Für die Unterbringung haben die Kreise und kreisfreien Städte zu sorgen. Diese wiederum verteilen die Asylbewerber auf die Gemeinden nach den Einwohnerzahlen und deren Aufnahme- und Betreuungsmöglichkeiten. Dazu gibt es eine Quote der Ausländerbehörde des Kreises, die von der Stadt Pinneberg Ende 2013 noch eingehalten werden konnte.

**162**

Asylbewerber und Obdachlose waren in 2013 in Pinneberg untergebracht.

**62**

Asylbewerber hielten sich Mitte 2013 in Pinneberg auf. Ende 2013 waren es bereit 89

## FRISCHER WIND IM KREISTAG

Vor rund einem Jahr konstituierte sich der Kreistag. Die „Blockadekoalition“ aus CDU, FDP und KGWP hat Federn lassen müssen.

Am 26.05.2013 wurde der neue Kreistag gewählt. Seither gibt es neue Mehrheiten, die „Blockadekoalition“ aus CDU, FDP und KGWP hat Federn lassen müssen (siehe Info-Box). Das Ergebnis: Die Fraktionen entscheiden zunehmend zukunftsgerichtet, gehen aufeinander zu, suchen nach Lösungen.

Meist setzt die SPD die inhaltlichen Akzente und hat in vielen Bereichen mit der Zielrichtung „konsensfähige Politik“ oftmals Mehrheiten gewinnen können. Aber die CDU hat ihre Rolle noch immer nicht gefunden, sie praktiziert überwiegend eine stur anmutende „Ablehnungspolitik“. Ein Blick auf einige der bisherigen Beschlüsse des neuen Kreistages zeigt das:

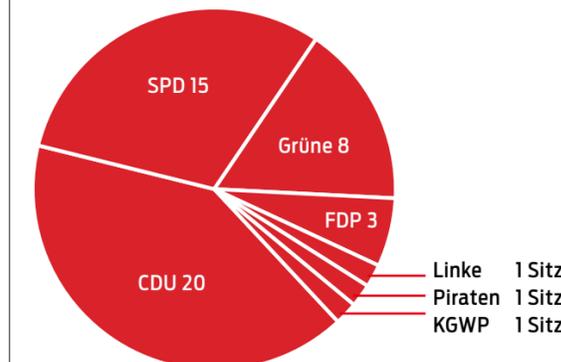
- SPD, Grüne, Piraten/Linke haben die Wiedereinführung des Beirates für Naturschutz durchgesetzt.

- Ebenso haben diese drei Fraktionen die Einführung einer Mietpreisgrenze im Kreis beschlossen.

- Verlängerung des Vertrages mit dem Kreissportverband für 5 Jahre. Eine weitere Kostenanpassung ab 2015/16, sobald auch Klarheit über die notwendige Anpassung der Personalkosten der anderen freien Träger im Kreis herrscht (SPD, Grüne, FDP).

- Erstellung eines Konzeptes zur sozialen Entwicklung und Steuerung für den Kreis Pinneberg.

Der Kreistag tritt zu seinen Sitzungen seit dem Umzug der Kreisverwaltung nach Elmshorn in der Regel im Pinneberger Ratsversammlungssaal zusammen. Die 49 Kreistagsitze verteilen sich seit der Kommunalwahl am 26. Mai 2013 wie folgt:





## EUROPA NEU DENKEN

**Die Wahl** am 25. Mai ist die wichtigste Europawahl seit langem und sie ist für die Wählerinnen und Wähler so attraktiv wie selten eine zuvor.

Ein Wahlaufruf von Kai Vogel

Am 25. Mai entscheiden die Wählerinnen und Wähler erstmals auch darüber, wer Präsident der Europäischen Kommission wird. Der Sozialdemokrat Martin Schulz hat dabei gute Chancen. In einer beeindruckenden Rede anlässlich seiner Wahl zum Spitzenkandidaten der SPD hat Martin Schulz im Januar in Berlin betont, dass nur ein ökonomisch zusammengeschlossenes Europa Chancen hat, soziale und ökologische Standards und Grundrechte gegen den Wettbewerbsdruck, dem wir in der Welt ausgesetzt sind, zu verteidigen. Er hat aber auch beklagt, dass das Ansehen der EU bei ihren Bürgerinnen und Bürgern seit Jahren unter dem Eindruck leidet, dass „Brüssel“ in einer Weise in Lebensbereiche eingreift, die den Menschen als überflüssig und nicht nachvollziehbar erscheint.

Deshalb ist es jetzt auch höchste Zeit, deutlich zu machen, dass wir ein besseres Europa brauchen. Ein Europa, das auf der Grundüberzeugung beruht, dass wirtschaftlicher Erfolg und soziale Gerechtigkeit einander bedingen. Ein Europa, das sich mehr um seine Bürgerinnen und Bürger kümmert als um das Kapital. Dass Steuergelder nicht dafür verwendet werden, marode Banken zu retten, sondern dafür, dass junge Leute eine Zukunft haben. Ein Europa, das sich nur um

das kümmert, was auf lokaler, regionaler und nationaler Ebene nicht besser geregelt werden kann. Ein Europa, das sich den großen Fragen stellt, der Förderung des Wirtschaftswachstums, der Regulierung der Finanzmärkte, dem Kampf gegen den Klimawandel und für Energie- und Lebensmittelsicherheit sowie der Bekämpfung der sozialen Ungleichheit.

Wir wollen, dass sich die EU auf die wesentlichen Zukunftsaufgaben konzentriert. Wir wollen Europa noch besser machen. Und das wollen wir mit Leidenschaft, Überzeugung und klaren Worten tun. Um das schaffen zu können, brauchen wir eine starke sozialdemokratische Fraktion im Europäischen Parlament. Deshalb bitte ich Sie trotz und wegen aller Kritik an Europa am 25. Mai um Ihre Stimme für die SPD.

Nehmen Sie Ihr Wahlrecht wahr und stärken Sie die demokratischen Parteien im Europäischen Parlament! Nach dem Wegfall der Sperrklausel besteht die ganz konkrete Gefahr, dass Rechtspopulisten oder sogar Neonazis ins Europaparlament einziehen. Dem müssen wir entschieden entgegentreten!

Ihr  
  
 Kai Vogel

## FAKTEN ZUR EUROPAWAHL

**In 28 Staaten** wählen am 25. Mai rund 400 Millionen Menschen ihr Parlament. Einige Zahlen zur Wahl:

### EUROPA-WAHL

Am 25. Mai 2014

**1.** Geöffnet sind die Wahllokale von 8 – 18 Uhr. Briefwähler können unter Vorlage ihres Personalausweises vorab im Rathaus wählen, sich aber auch die Unterlagen zuschicken lassen, eine Mail genügt.

**2.** In 28 Staaten wird alle fünf Jahre gewählt. Auch regionale Wahlergebnisse werden erst veröffentlicht, wenn in allen Ländern die Wahllokale geschlossen sind, also nach dem 25. Mai 2014 ab 22 Uhr. Für die Abhaltung der Wahlen gibt es einen „Zeitkorridor“ zwischen dem 22. und 25. Mai 2014.

**3.** In Deutschland wurde die bisher geltende 3%-Hürde für den Einzug ins Europaparlament vom Bundesverfassungsgericht aufgehoben. In neun Ländern, z.B. auch in Frankreich, müssen 5 % erreicht werden, in anderen reichen 4% (z.B. in Italien) oder 1.8 % auf Zypern. Deutschland ist aber nicht das einzige Land ohne Wahlhürden.

**4.** Wahlberechtigt sind alle EU-Bürger, unabhängig davon, wo sie leben, sofern sie im Wählerverzeichnis an ihrem Wohnort eingetragen sind.

**5.** Wahlberechtigt ist man in Deutschland erst mit dem erreichten 18. Lebensjahr. Nicht-deutsche EU-Bürger müssen seit mindestens drei Monaten in Deutschland leben und im Wählerverzeichnis ihres Wohnortes stehen. (Siehe auch: [www.wahlen2014.eu](http://www.wahlen2014.eu)) Insgesamt wählen etwa 400 Millionen Wahlberechtigte 751 Abgeordnete, davon kommen 96 aus Deutschland.

**9**

**Länder in der EU haben noch eine 5 % Hürde bei der Europawahl**

**1,8**

**ist die Prozenthürde in Zypern. Ein kleines Land mit großen Chancen für kleine Parteien.**



## „WIR SIND NICHT MEHR DER ZAHNLOSE TIGER!“

**Ulrike Rodust** ist Spitzenkandidatin der schleswig-holsteinischen SPD zur Europawahl. Welchen Nutzen Schleswig-Holstein durch Europa hat, verrät sie im Interview.

**Frau Rodust, die Arbeit im Europäischen Parlament. Mehr Lust oder auch mal Frust?**

Mir macht meine Arbeit im Europäischen Parlament immer noch sehr viel Spaß. Denn mit Fleiß und Beharrlichkeit – oder sollte ich es vielleicht norddeutsche Dickköpfigkeit nennen – kann man als Europaabgeordnete wirklich viel erreichen. Tatsächlich ist das Europäische Parlament nämlich schon lange nicht mehr der viel zitierte zahnlöse Tiger: Seit im Jahr 2009 der Vertrag von Lissabon in Kraft getreten ist, treten das Europäische Parlament und der Ministerrat, also die Regierungen der Mitgliedsstaaten, in der Gesetzgebung auf Augenhöhe auf. In der jetzt abgelaufenen Wahlperiode konnte ich so in meinem Arbeitsbereich sehr erfolgreich für meine politischen Ziele arbeiten. Als Berichterstatterin bei der Fischereireform habe ich erreicht, dass endlich Schluss gemacht wird mit der Überfischung unserer Meere; ab 2015 gilt ein Rückwurfverbot und den Menschen in Afrika darf nicht mehr der gesamte Fisch weggefischt werden. Mein Fazit: Das Parlament war bei der Reform der Fischereipolitik erstmals gleichberechtigt an der neuen Gesetzgebung beteiligt und konnte einen echten Politikwechsel durchsetzen. Darauf bin ich stolz.

**In der öffentlichen Diskussion kommt Europa meist nicht so positiv rüber?**

Ja, das ist leider so. Dabei gibt es so vieles, auf das wir in Europa stolz sein können und worum uns die Menschen auf anderen Kontinenten beneiden. Da sind ganz zentral 65 Jahre Frieden – und das ist nach zwei Weltkriegen ja ebenso wenig selbstverständlich wie die offenen Grenzen, die wir inzwischen in Europa haben. Nur ein ökonomisch zusammengeschlossenes Europa auf der Basis eines Wertekatalogs, der nicht in Frage gestellt wird, hat Chancen, soziale und ökologische Standards, Grundrechte und Menschenrechte gegen den Wettbewerbsdruck, dem wir in der Welt ausgesetzt sind, zu verteidigen.

**Welchen konkreten Nutzen hat Europa denn für die Menschen in Schleswig-Holstein?**

Schleswig-Holstein profitiert erheblich. Von 2014–2020 erhält unser Land allein 420 Millionen Euro aus dem Europäischen Landwirtschaftsfonds für die Entwicklung des ländlichen Raums, das ist ein Mehr in Höhe von 117 Millionen Euro im Vergleich zu der vergangenen Förderperiode. Das Geld kommt dem massiven Ausbau des Breitbandnetzes sowie der Förderung der erneuerbaren Energien, der Verbesserung des Klima-

» Mit norddeutscher Dickköpfigkeit kann man als Europaabgeordnete wirklich viel erreichen «

Ulrike Rodust  
 Mitglied des Europaparlaments

schutzes und der Bildung im ländlichen Raum zugute. Auch die Mittel für „INTERREG 5a“ wurden erheblich aufgestockt auf etwa 90 Millionen Euro für die Zusammenarbeit mit Dänemark. Aus diesen Mitteln werden grenzüberschreitende Tourismusprojekte an Nord- und Ostsee unterstützt, ebenso die gegenseitige Ausbildung von Lehrlingen im Grenzgebiet sowie Kulturprojekte. Rund 350 Millionen Euro fließen aus dem Europäischen Sozialfonds und dem Europäischen Regionalfonds nach Schleswig-Holstein. Damit können regionale Innovationen unterstützt sowie die regionale Wirtschaftsstruktur wettbewerbsfähiger und nachhaltiger gemacht werden.

**Und dennoch leidet das Ansehen der Europäischen Union, weil sich der Eindruck verfestigt, dass „die da in Brüssel“ in nicht nachvollziehbarer Weise in sämtliche Lebensbereiche eingreifen.**

Leider ist das so. Viel zu oft erscheint die EU im Alltag nicht als Teil der Lösung, sondern als Teil des Problems. Die Folge ist ein massiver Vertrauensmangel in die EU. Die Wahlbeteiligung ist seit Jahren stark rückläufig – 2009 lag sie in Deutschland bei gerade einmal 43 Prozent. Bei der Wahl zum Europäischen Parlament am 25. Mai 2014 geht es deshalb darum deutlich zu machen, dass wir ein Europa wollen, das sich um die großen Fragen kümmert und nicht um das, was auf lokaler, regionaler und nationaler Ebene viel besser selbst geregelt werden kann: ein Europa, das weiß, dass beispielsweise die Frage der Wasserversorgung in der Hand der Kommunen besser aufgehoben ist als in Brüsseler Amtsstuben.

**Wie wollen Sie denn die Bürgerinnen und Bürger überzeugen, dass sie mit ihrer Stimme etwas bewirken können?**

Die Wählerinnen und Wähler entscheiden erstmals darüber, wer Präsident der Europäischen Kommission wird. Und die Chancen sind gut, dass es mit Martin Schulz ein deutscher Sozialdemokrat wird. Es kommt hinzu, dass das Bundesverfassungsgericht die Drei-Prozent-Hürde aufgehoben hat. Das nutzt vor allem den Feinden Europas. Es besteht die Gefahr, dass Rechtspopulisten oder Neonazis ins Parlament einziehen. Eine ganz grausliche Vorstellung. Jeder demokratisch gesinnte Mensch sollte deshalb am 25. Mai sein Wahlrecht nutzen!

**Wipperäte kommen wieder.**

Jahrzehntlang hatten die Wipperäte in der Fußgängerzone Kinder erfreut und Eltern eine Verschnaufpause verschafft. Jetzt sind sie weg. Sollten auch nicht wieder aufgestellt werden, sondern der Neugestaltung der Fußgängerzone wegen der „frei zu haltenden Lauf-, Fahr- und Rettungswege“ zum Opfer fallen. Eine Intervention bei der Bürgermeisterin hatte Erfolg: Zumindest das Wippmotorad wird wieder in der Fußgängerzone aufgestellt. Und das zweite abgebaute Wippgerät soll einen neuen Platz in der Innenstadt finden. Urte Steinberg: „Mein Ziel ist eine familienfreundliche Stadt und deshalb darf der zusätzliche Betrag kein Problem darstellen.“



Bauarbeiter entfernen die „störenden“ Spielgeräte



„Erstklassiges“ Geschenk: Kai Vogel überreichte dem Fußballfan Stegner ein Buch über den HSV.

## „SPD IM DIALOG“ ERFOLGREICH GESTARTET

**Ralf Stegner** überzeugte zahlreiche Genossen und Gäste im Pinneberger Rathaus. Weitere Veranstaltung mit Gästen aus Politik und Wirtschaft in Planung.

Am Ende waren alle Fragen beantwortet. Mehr als zwei Stunden Zeit hatte sich Ralf Stegner genommen, um mit den Mitgliedern der Pinneberger SPD und vielen Gästen über den Start der Großen Koalition im Bund und die bevorstehenden Aufgaben zu sprechen. Seiner Partei attestierte der stellvertretende Bundesvorsitzende einen guten Start in die Regierungszeit. „Die SPD-Ministerinnen und Minister werden als treibende Kraft der Bundesregierung wahrgenommen, so kann es weitergehen“, sagte Stegner.

### Lob für Steinmeyers Außenpolitik

Besonderes Lob hatte er für Außenminister Frank-Walter Steinmeier mitgebracht. Durch dessen Handeln im Ukraine-Konflikt habe er sich im Ausland „endlich wieder richtig gut“ vertreten gefühlt. Gefragt nach der Stimmung in der großen Koalition aufgrund der Edathy-Affäre und des Rücktritts von Landwirtschaftsminister Hans-Peter Friedrich verwies Stegner auf die mittlerweile zurückliegende Kommunalwahltermin in Bayern. „Die wollten natürlich vor einer Wahl nicht zulassen, dass einer von denen zurücktritt und

**>> Mit Martin Schulz als Kommissionspräsidenten verleihen wir Europa eine stärkere Stimme <<**

Ralf Stegner  
SPD-Vorsitzender  
Schleswig-Holstein

niemand von uns“, sagte der Landes- und Fraktionsvorsitzende der SPD in Schleswig-Holstein. Auf Deals um Personen oder Inhalte werde man sich aber nicht einlassen. „Alt-testamentarische Politik nach dem Prinzip Auge-um-Auge wird es mit der SPD nicht geben“, sagte Stegner.

### Für ein Europa der Menschen, nicht der Banken

Im Hinblick auf die Europawahl warb Ralf Stegner für den sozialdemokratischen Spitzenkandidaten Martin Schulz und um die Unterstützung der Genossen vor Ort. „Mit Martin Schulz als Kommissionspräsidenten verleihen wir Europa eine stärkere Stimme“, sagte Stegner. In den nächsten Wochen müsse die SPD jetzt deutlich machen, dass es sich lohnt, zur Europawahl zu gehen. „Für ein soziales Europa – ein Europa der Menschen, nicht eines der Banken und Spekulanten“, so Stegner. Der Pinneberger SPD-Chef Kai Vogel zeigte sich hocherfreut über das große Interesse an der Auftaktveranstaltung von „SPD im Dialog“. „Wir werden zukünftig regelmäßig interessante Gäste aus Kultur, Wirtschaft und Politik nach Pinneberg holen“, versprach der Landtagsabgeordnete.



## MUSEUM UNTER DENKMALSCHUTZ

Wegen seiner besonderen Bedeutung ist das Stadtmuseum am Drosteiplatz Ende 2013 durch das Landesamt für Denkmalpflege unter Denkmalschutz gestellt worden. Aus der Verfügung des Landesamtes: „Bei dem ehemaligen Gerichtsgebäude (heute Stadtmuseum) handelt es sich um ein Kulturdenkmal von besonderer Bedeutung, an dessen Erhaltung aus geschichtlichen und städtebaulichen Gründen ein öffentliches Interesse besteht. Das Gebäude, das heute als Museum genutzt wird, bezeugt aufgrund seines authentischen Erscheinungsbildes auf lebhafteste Weise die Geschichte der Drostei sowie die städtebauliche Entwicklung Pinnebergs. Noch heute ist das zentral gelegene Gebäude, neben der Drostei, stadtbildprägend. Durch die heutige Nutzung als Museum ist es zudem geeignet, die Stadtgeschichte neben der Drostei unmittelbar zu dokumentieren.“

### ÖFFNUNGSZEITEN

Di und Mi.	17.00 – 19.00 Uhr
Do.	10.00 – 12.00 Uhr
	15.00 – 17.00 Uhr
Fr.	17.00 – 19.00 Uhr
Sa.	11.00 – 13.00 Uhr

Bei freiem Eintritt erfährt man im Stadtmuseum viel über die Geschichte Pinnebergs. Etwas Besonderes ist die Dauerausstellung über Pinneberg in der Zeit des Nationalsozialismus, die es verdient hat, insbesondere von Schulklassen noch häufiger besucht zu werden.



### NACH GEFRAGT



**Astrid Lang**

„Gut. Ist ja mal etwas Neues.“



**Heinrich Kraft**

„Warum kommen die erst jetzt darauf?“



**Denise Muesfeld**

„Hat doch was!“



**Birgit Kukuk**

„Halte ich für eine lustige Idee.“



**Inga Schwarz**

„Ist doch mal was anderes.“

Ein Ziel des Ende 2011 gegründeten Stadtmarketingvereins war es, Pinneberg als Marke zu etablieren. „Persönlich. Ehrlich. Anders“ Unter diesem Slogan startete die Stadt Pinneberg jüngst eine Imagekampagne. Die Entwürfe stammen von der Agentur „Gruppe Drei“. Zum Aufbau der „Marke Pinneberg“ gehören auch Anzeigen mit bekannten Pinnebergern und Pinnebergerinnen, die sich in ungewöhnlichen Posen oder Tätigkeiten ablichten lassen. Den Anfang machte Bürgermeisterin Urte Steinberg als papageienbunte Punkerin. Ob das Outfit aus Altbeständen des eigenen Kleiderschranks stammt oder vom Fotografen gestellt wurde, bleibt dabei ungewiss. Wir fragten die Bürger: Was halten Sie von der neuen Imagekampagne der Stadt Pinneberg? Die Antworten waren durchweg positiv, kurz und knapp.

**WAS WURDE BESCHLOSSEN?**

Pinnebergs Problem sind einerseits nicht beeinflussbare hohe Ausgaben und andererseits zu geringe Einnahmen. Folgerichtig und als Konsequenz aus dem von der Politik beschlossenen sogenannten Rettungsschirm hatte die Verwaltung vorgeschlagen, die Grundsteuer deutlich zu erhöhen. Die SPD-Fraktion stimmte diesem Vorschlag zu, um die Finanzierung der Leistungen der Stadt auf viele Schultern zu verteilen. Die anderen Fraktionen waren nicht bereit, diesen Schritt zu gehen.

Ohne Gegenstimmen zugestimmt wurde aber dem Vorschlag der Verwaltung, das Rehmenfeld entsprechend der bestehenden Planungsabsicht im Flächennutzungsplan als Baugebiet zu entwickeln, um durch Ausweisung eines Gewerbegebietes dringend benötigte Gewerbesteuer zu erhalten. Neue Gewerbesteuerzahler sollen auch aus dem geplanten Gewerbegebiet Müßentwiete kommen, dessen weitere Entwicklung einstimmig beschlossen wurde.

**„GIFTLISTE“ ENTSCHÄRFT**

**Öffentlichen Wirbel** entfachte jüngst eine Vorschlagsliste der Verwaltung, wie angesichts der katastrophalen Finanzlage der Stadt die Einnahmen verbessert und Ausgaben verringert werden könnten.

Unter dem harmlos klingenden Titel „Haushalt 2014 – Begleitbeschlüsse zur Verbesserung der Ergebnissituation“ verbarb sich eine „Giftliste“, die es in sich hatte:

- Deutliche Erhöhung der Grundsteuer B
- Schließung des Schwimmbades
- Verlagerung der Kleingartenanlage, Hasenmoor und Umwandlung in ein Gewerbegebiet
- Bauliche Entwicklung des Rehmenfeldes
- Verkauf oder Verpachtung der Ernst-Paasch-Halle
- Verdichtung/Zusammenlegung von Schulstandorten
- Verkauf des städtischen Museums,

um nur die wesentlichen Punkte zu nennen. Die Fraktionen hatten noch gar nicht darüber beraten können, da hagelte es schon Proteste von allen

möglichen Seiten. So war es auch nicht verwunderlich, dass zur vorentscheidenden Sitzung des Finanzausschusses im März weit über 100 Zuhörer kamen. Danach überwiegend allgemeines Aufatmen: Die „Giftliste“ wurde von der Politik so entschärft, dass von den Vorschlägen der Verwaltung kaum etwas übrig blieb. Keine Schließung des Schwimmbades, keine Verlagerung der Kleingärten Hasenmoor, keine Verdichtung von Schulstandorten, darin waren sich alle Fraktionen einig. Viel Lärm um Nichts, könnte man sagen. Aber vielleicht ist es ein wenig mehr ins Bewusstsein gedrungen, wie schlecht es um die Finanzen der Stadt bestellt ist, dass es auf Dauer nicht so weiter gehen kann. Aus eigener Kraft kann Pinneberg auf keinen grünen Zweig kommen. Die im Koalitionsvertrag versprochene Stärkung der Kommunen muss auch in Pinneberg ankommen.

»»Die im Koalitionsvertrag versprochene Stärkung der Kommunen muss auch in Pinneberg ankommen. ««

**SCHULSOZIALARBEIT MUSS SICHER FINANZIERT WERDEN**

**Schulsozialarbeit** ist seit einigen Jahren fester Bestandteil des Schulalltags an vielen Pinneberger Schulen geworden.

Insgesamt 13 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter helfen Schülerinnen und Schülern und unterstützen Eltern und Lehrkräfte. Obwohl die wertvolle Bedeutung der Schulsozialarbeit unbestritten ist, gibt es keine gesicherte langfristige Finanzierung. Lehrkräfte werden vom Land bezahlt, Personal für Schulsozialarbeit nicht.

Für diese von der Stadt freiwillig übernommene Aufgabe gibt es nur Zuschüsse, die aber nicht ausreichen: Im vorigen Jahr wurden für die Schulsozialarbeit im Verbundsystem mit der Jugendarbeit 390.000 Euro aufgewendet, 201.400 Euro musste die Stadt Pinneberg selbst tragen – und das bei einem defizitären Haushalt. Jetzt ist

der Bund mit seiner „Anschubfinanzierung“ aus der Mitförderung angestiegen, so dass für 2014 ein noch höherer Anteil der Stadt drohte. Das ist zwar mit einer einmaligen Aktion des Kreises, Restmittel aus dem Bildungs- und Teilhabepaket für die Schulsozialarbeit zu verwenden, vermieden worden, aber eben nur für 2014.

Wie es danach weiter geht, ist ungewiss. Es muss endlich dazu kommen, dass Schulsozialarbeit nicht als Projekt oder Modell begriffen wird, sondern als Teil des Bildungsauftrages vom Land gesichert finanziert wird.

»»Schulsozialarbeit muss als Teil des Bildungsauftrages vom Land gesichert finanziert werden. ««



**ZEHN WICHTIGE REGELN FÜR RADFAHRER**

**Jetzt geht** es los, wenn das Wetter mitspielt: Fahrräder putzen, aus dem Keller holen, in den Sattel. Über den Winter hat man vielleicht einige der geltenden Regeln für Radfahrer nicht mehr so präsent? Der Allgemeine Deutsche Fahrradclub hat einige populäre Irrtümer zusammengestellt.



Das Fahren auf der Fahrbahn ist sicherer als auf schlechten Radwegen.



Beschilderte Radwege müssen benutzt werden.



Statt auf Gehwegen zu fahren, immer die Fahrbahn nutzen.

FALSCH	RICHTIG
Wenn ein Radweg da ist, müssen Radfahrer ihn benutzen:	Nur auf Radwegen mit blauen Radwegschildern muss gefahren werden.
Auf dem Zebrastreifen haben Radfahrer Vorrang, genau wie Fußgänger	Wenn Radfahrer Vorrang haben wollen, müssen sie absteigen und ihr Rad schieben.
Fahrradfahrer müssen immer hintereinander fahren.	Radfahrer dürfen auch nebeneinander fahren, wenn der Verkehr nicht behindert wird oder sie in der Gruppe einen „geschlossenen Verband“ bilden (ab 16 Radfahrern). In Fahrradstraßen dürfen sie immer nebeneinander fahren.
Beim Schild „Radfahrer absteigen“ muss man runter vom Rad.	Es zwingt bei gesperrtem Radweg nicht zum Absteigen. Ausweichen auf die Fahrbahn ist erlaubt.
Es ist rechtlich gesehen kein Problem, unter Alkoholeinfluss Rad zu fahren.	Schon bei 0,3 Promille haftet man, wenn das zu Fehlern führt. Ab 1,6 Promille begehen Radfahrer auch ohne erkennbare Fahrunsicherheit eine Straftat.
Radfahrer dürfen in Einbahnstraßen in Gegenrichtung fahren.	Das gilt nur, wenn es eindeutig auf dem Schild erlaubt ist.
Unterwegs mit dem Handy zu telefonieren ist nur im Auto verboten.	Das Verbot gilt auch für Radfahrer und kostet 25 Euro Verwarnungsgeld.
Beim Abbiegen müssen Radfahrer die ganze Zeit den Arm ausstrecken.	Man kann zum Beispiel nach dem Einordnen auf einer Linksabbiegerspur den Arm wieder herunternehmen, oder auch während des Abbiegens.
Batterielampen zum Anstecken sind nur für Rennräder unter 11 kg. erlaubt.	Seit 1.8.2013 ist Batteriebeleuchtung für alle Fahrräder erlaubt.
Ohrhörer sind für Radfahrer verboten.	Das gilt nur, wenn das Gehör wesentlich beeinträchtigt wird.

## „MÜTTERRENTE“ AB JULI

Im Internet kursierende Antragsformulare sorgen für Unsicherheit.

Entgegen im Internet auftauchender „Antragsformulare“ muss die höhere Anerkennung von Kindererziehungszeiten durch die „Mütterrente“ bei bereits laufenden Renten nicht beim Rentenversicherungsträger beantragt werden. Nach Inkrafttreten des Gesetzes wird die Rente von Amts wegen erhöht. Sollte die Umstellung beim Rentenversicherungsträger länger dauern, wird die Erhöhung rückwirkend ab Juli dieses Jahres gezahlt. Worum geht es bei der „Mütterrente“? Kindererziehungszeiten sollen bei der Rente stärker berücksichtigt werden. Und zwar für Kinder, die vor 1992 geboren wurden. Für deren Erziehung wurde bisher nur ein Jahr anerkannt, auch wenn die Zeit der Kindererziehung länger dauerte. Jetzt sollen es zwei Jahre sein. Das bedeutet einen Entgeltpunkt mehr bei der Rentenberechnung und damit ein Plus von monatlich brutto rd. 28 Euro je Kind. Netto kommt allerdings weniger heraus, weil davon Beitragsanteile für Krankenversicherung und Pflegeversicherung abgezogen werden und der Brutobetrag zu versteuern ist. Das Gesetz soll im Mai im Bundestag beschlossen werden. Kindererziehungszeiten wurden erst

# 3,3

Milliarden Euro kostet den deutschen Steuerzahler die „Mütterrente“

# 28

Euro zusätzliche Rente zahlt der Staat für jedes vor 1992 geborene Kind.

1986 in die Rentenversicherung als Ausgleich dafür eingeführt, dass während der Kindererziehungszeit die Ausübung einer Erwerbstätigkeit nicht möglich oder erschwert ist und somit Rentenversicherungsbeiträge fehlen. Das traf und trifft vor allem die Mütter. Die Kindererziehungszeiten werden so behandelt als wären Pflichtbeiträge geleistet worden. Als Kindererziehungszeit gelten die ersten drei Jahre des Kindes. Wird diese Zeit nachgewiesen, wird sie für alle nach 1992 geborenen Kinder voll berücksichtigt, es gibt dafür also drei Entgeltpunkte. Für alle früher geborenen Kinder gibt es bisher höchstens nur einen Entgeltpunkt. Diese vom Bundesverfassungsgericht für zulässig erachtete Ungleichbehandlung gegenüber den nach 1992 geborenen Kindern soll nun verringert werden. Eine vollständige Gleichstellung – also maximal drei Entgeltpunkte je Kind und Jahr für alle – sei nach der Gesetzesbegründung der Bundesregierung nicht finanzierbar. Die „Mütterrente“ belastet die Rentenversicherung 2014 mit 3,3 Milliarden Euro und 2015 mit 6,7 Milliarden Euro.

Weitere Informationen unter [www.rentenpaket.de](http://www.rentenpaket.de)

### DER BUCHTIPP „KEIN WORT ZU MUTTI!“

Was riet der Dalai-Lama dem Expapst Benedikt XVI. nach dessen Amtsverzicht? Und wie erklärte Ronald Pofalla der Bundeskanzlerin seine astronomische Handrechnung? Passend zu aktuellen Diskussion um die Abhörpraktiken der NSA erschien im Rowohlt-Verlag nun das Taschenbuch „Kein Wort zu Mutti!“ Das Buch präsentiert die geheimen SMS-Protokolle unserer Politiker und Promis. Dabei gilt: Nichts ist zu absurd, als dass es nicht in einer SMS Platz hätte. Übrigens: Beide Autoren haben das Pinneberger Theodor-Heuss-Gymnasium besucht – ein weiterer Beweis für die Qualität der Pinneberger Lehranstalten ...

rororo, 128 Seiten

## LESERBRIEFE

### „Tempo 30 in Pinneberg“

In der Praxis würde sich doch kaum jemand an Tempo 30 halten. Als Hamburger, der in Pinneberg arbeitet, empfinde ich die Verkehrssituation in Pinneberg als vergleichsweise entspannt ohne größere Staustellen – zumindest im Vergleich zu dem, was man in Hamburg täglich ertragen muss. Aus Lärmschutzgründen hätte ich für Tempo 30 in der Nacht Verständnis, das müsste aber entsprechend regelmäßig und offensiv kontrolliert werden!

Jan Anderson, Hamburg

Mittlerweile gilt auf der Mehrzahl der Straßenkilometer einer Stadt wie Pinneberg Tempo 30. So gesehen ist Tempo 50 die Ausnahme. Konsequenter und kostengünstiger wäre es, Tempo 30 zur allgemeinen Regel zu machen und Ausnahmen mit Tempo 50 zu beschildern. Leider argumentieren mächtige Autolobbyisten zum Beispiel vom ADAC immer noch reflexhaft dagegen statt sich sachlich damit auseinanderzusetzen. So sammeln englische Städte in zahlreichen Modellprojekten momentan gute Erfahrungen bei der flächendeckenden Einführung von Tempo 30. Portsmouth „fährt gut“ mit Tempo 30 – immerhin seit rund fünf Jahren. Selbst Stadtteile Londons reduzieren die Geschwindigkeit in Modellprojekten. Interessante Erkenntnis aus Bristol: Tempo 30 macht Radfahren und Zufußgehen attraktiver: Untersuchungen zufolge wurden rund 25 Prozent mehr Strecken mit dem Rad oder zu Fuß zurückgelegt.

Nik Hirt, Pinneberg

» Konsequenter und kostengünstiger wäre es, Tempo 30 zur allgemeinen Regel zu machen und Ausnahmen mit Tempo 50 zu beschildern «

Tempo 30 hat sich in vielen Wohngebieten durchgesetzt und bewährt – trotz einer häufig großen Empörung bei Einführung. Ich kenne heute niemanden mehr, der sich über Tempo 30-Zonen aufregt. Auch Verkehrsexperten fordern mittlerweile, dieses Erfolgsmodell auf Hauptverkehrsstraßen umzusetzen. Es muss ja nicht gleich flächendeckend sein, in Pinneberg bietet sich beispielsweise die Manfred-von-Richthofen-Straße an. Das trägt nicht nur zur Verkehrssicherheit bei, auch die Lärmreduzierung ist – gerade in den Abend- und Nachtstunden – beachtlich. Die Anwohner würde es sicher freuen!

Werner Porepp, Pinneberg

Wir freuen uns über jeden Leserbrief! Am besten per Mail an: [info@spdpinneberg.de](mailto:info@spdpinneberg.de)



**DIE WILDKATZE  
BRAUCHT MÄUSE.  
UND ZWAR IHRE.**

**Bewahren Sie die Wildkatze vor dem Aussterben.**  
Mit Ihrer Spende: Bank für Sozialwirtschaft in Köln,  
Konto-Nr. 8280208, BLZ 370 205 00, [www.bund.net](http://www.bund.net)

**BUND**  
FREUNDE DER ERDE

## Kennen Sie den Begriff „Schulfrieden“ und können Sie mit G9 etwas anfangen?

Das eine ist keine Schule, in der sich die Kinder nicht verhalten und das andere ist kein Gipfeltreffen. „Schulfrieden“ ist, wenn die Politik für einige Zeit die Schulen nicht reformiert. Und G9 bezeichnet die Zahl der Jahre bis zum Abitur an Gymnasien. Bayern war Vorreiter für eine Verkürzung auf acht Jahre. Inzwischen gilt das für die meisten Bundesländer. Wer den föderalistischen Wahnsinn im Bildungsbereich hasst, schöpfte in den letzten Jahren Hoffnung. Endlich zeichnete sich ein Schulsystem mit innerer Logik ab. Denn nachdem die Einführung eines Gesamtschulsystems am Widerstand der Gymnasien gescheitert war, verbreitete sich ein zweigliedriges Schulsystem. Die Gymnasien verloren das Monopol für das Abitur, denn auch an Gemeinschafts-/ Gesamtschulen konnte man es erwerben, allerdings brauchte man ein Jahr länger. Das machte Sinn, bei vielen Kindern entwickeln sich Fähigkeiten etwas später. Sie sind unterschiedlich begabt, manche brauchen etwas mehr Zeit für die Entwicklung.

Doch um den Schulfrieden ist es geschehen. Gebrochen wird er jetzt nicht von reformbereiten Politikern, sondern von den Eltern. Allerorten bilden sich Initiativen für ein neunjähriges Gymnasium. Und sie haben Erfolg. Die rot-grüne Landesregierung in Niedersachsen will wieder zum G9 zurückkehren. Die Hamburger CDU fängt an, sich von ihren früheren Beschlüssen abzusetzen, obwohl man einen zehnjährigen „Schulfrieden“ vereinbart hatte. In Bayern hat die G9 Initiati-

ve die Unterstützung der „Freien Wähler“. Die CSU fängt deshalb schon an zu wackeln und wird sich bald nicht mehr an ihre früheren Beschlüsse erinnern. Bei uns in Schleswig-Holstein gibt es noch beides, aber nach dem Willen der SPD/Grünen/SSW Koalition soll das achtjährige Gymnasium die Regel werden. Aber warten wir mal ab. In Berlin gab es schon den ersten Kongress aller G9 Elterninitiativen. Auf der Gegenseite sind Elterninitiativen für Beibehaltung des achtjährigen Gymnasiums selten und leise. Da sich die Parteien meist nach einigem Widerstand dem laut geäußerten Elternwillen unterwerfen, ohne nach den Wünschen der schweigenden Mehrheit zu fragen, muss man Schlimmes befürchten.

Es droht jetzt wieder ein zehnjähriger „Schulfrieden“ und jedes Bundesland wird sein eigenes Süppchen kochen. Vielleicht werden irgendwann die Gemeinschafts-/ Gesamtschulen nachziehen und der Weg zum Abitur wird auf zehn Jahre verlängert. Sollte sich dann wieder eine bundeseinheitliche Schulstruktur abzeichnen, betreten neue Generationen von Politikern und als Reaktion neue Elterninitiativen das Feld. Ob die dann bemerkt haben, dass gute Lehrkräfte und zeitgemäße Lehrpläne für den Lernerfolg wichtiger sind als ständig neue Schulsysteme?

## DER QUERDENKER

Über den Bruch des Schulfriedens. Gedanken zu G8 und G9.

### IMPRESSUM

#### Herausgeber:

SPD-Ortsverein Pinneberg  
E-Mail: info@spdpinneberg.de  
Internet: www.spdpinneberg.de

#### Redaktionsadresse:

SPD-Ortsverein Pinneberg,  
Rotbuchenkamp 75  
25421 Pinneberg

**Redaktion:** Dietrich Anders (V.i.s.d.P), Christian Koch, Dieter Koch, Dieter Tietz (V.i.s.d.P)

**Fotos:** adfc, gettyimages, iStockphoto, toonpool, Stadtarchiv Pinneberg

**Gestaltung:** Christian Koch

**Druck:** A. Beig Druckerei und Verlag GmbH & Co. KG  
Auflage: 18.000 Stück



## BILDERRÄTSEL WO KANN MAN ÜBER DIE BEDEUTUNG DIESES WERKS RÄTSELN?

Antworten bitte an die Redaktion der ROSENBLÄTTER:  
Dieter Tietz, Ulmenallee 5 25421 Pinneberg oder per E-Mail an dietertietz@gmx.de.

Unter den Einsendern mit der richtigen Lösung werden drei Buchpreise im Wert von je 25 Euro ausgelost. Unser letztes Bilderrätsel zeigte eine Fassadenverzierung am Hotel „Cap Polonio“ im Fahltskamp. Ausgeloste Buchpreise erhielten: Evelyn Pagels, Erika Weiershäuser, H. Meier-Kay.  
**Herzlichen Glückwunsch!**